



Es gibt keine sauberen Kriege!

Rede von Wolfgang Gehrcke, 30. Januar 2013

Aktuelle Stunde zur Situation in Mali in der 218. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 30. Januar 2013

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Werte Kolleginnen und Kollegen! Gerade nach der Aufzählung des Kollegen Schockenhoff - von der türkisch-syrischen Grenze über Afghanistan bis in verschiedenste Teile der Welt - sollten wir uns hier auch gegenseitig vor einer Illusion bewahren, nämlich dass Militärinterventionen Stabilität und Demokratie sichern können. Oftmals ist genau das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte auch, dass wir uns vor einer weiteren Illusion bewahren: Es gibt keine sauberen Kriege, auch in Mali nicht. Ich finde die Bilder von der Herrschaft der Terroristen - darüber wird zu reden sein - entsetzlich. Ich finde aber die Bilder vom Einmarsch der Armee, die man sieht, ebenso entsetzlich. Es gibt keine sauberen Kriege. Kriege sind immer Dreck und Blut und Vernichtung. Auch das sollte man in dieser Situation hier einmal aussprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was man jetzt als Deutscher Bundestag empfehlen sollte und worüber wir uns, glaube ich, viel mehr den Kopf zerbrechen müssen, ist: Es muss jetzt zu politischen Gesprächen und politischen Lösungen kommen. Das steht jetzt im Vordergrund.

Wenn wir davon geredet haben, dass man die Situation nicht nur in Mali, sondern auf dem gesamten afrikanischen Kontinent ernst nehmen muss, so gehört auch die Selbstkritik dazu, dass wir offensichtlich über lange Zeit die Situation nicht ernst genommen haben und dass immer erst gehandelt wird, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, und dann mit dem Militär.

Ich möchte eine weitere Lehre dazu packen: Frieden schließt man mit seinen Feinden. Über zehn Jahre hat es gedauert, bis man begriffen hat, dass man in Afghanistan mit den Taliban verhandeln muss. Was wäre aus Südafrika geworden, wenn man nicht mit seinen Feinden Frieden geschlossen hätte? Frieden schließt man mit seinen Feinden. Deswegen muss man jetzt auch in Mali die Initiative ergreifen, um mit den Feinden in Verhandlungen zu Lösungen zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU: Dummes Zeug!)

Eine nationale Aussöhnung wäre das Beste, was wir in Gang bringen könnten.

Mit einem weiteren Gedanken möchte ich an die Überlegung anknüpfen, dass Mali eine entwickelte Zivilgesellschaft hat. Ich teile völlig, was Sie hierzu ausgeführt haben, Kollegin Wieczorek-Zeul. Mali hat eine entwickelte Zivilgesellschaft. Es muss doch das Ziel sein, mit dieser entwickelten Zivilgesellschaft auch in solchen Situationen zu kooperieren und genau diese entwickelte Zivilgesellschaft zu stabilisieren; denn wir brauchen Sicherheit für die Bevölkerung.

Wir müssen auch eine Frage beantworten. In Mali werden Dschihadisten mit Bomben bzw. vom Militär angegriffen. Die gleichen Dschihadisten werden in Syrien von den Verbündeten der Bundesregierung, von Saudi-Arabien und anderen, mit Geld und Waffen versorgt. Erklären Sie einmal, warum Sie hier so handeln und dort so handeln!

(Beifall bei der LINKEN)

Eine vernünftige Politik muss doch anders laufen. Ich glaube, es ist richtig, dass nicht alles, was in Mali passiert ist, eine Reaktion auf das Vorgehen gegen den libyschen Staat ist. Aber die Zerschlagung von Libyen, die Destabilisierung von Libyen hat auch Auswirkungen auf die Situation in Mali gehabt. Beantworten Sie doch einmal die Frage: Wenn die Terroristen, die dort geschlagen werden, gehen, wenn sie nach Mauretanien, an die Grenze zu Algerien gehen, wird mit dem Krieg gegen den Terror ein Konfliktfeld in das nächste Konfliktfeld übergeführt. Das kann doch keine vernünftige politische Lösung sein. Wir müssen endlich eine Politik entwickeln, die den Terror dadurch schlägt, dass man ihm die Grundlage entzieht, und das heißt Schaffung kultureller Vielfalt und wirtschaftlichen Ausgleichs. So müsste eine vernünftige Politik sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte ganz ehrlich und offen sagen: Mir geht es auf den Keks, wenn die Freundschaft mit Frankreich - die ich sicherlich viel mehr verinnerlicht habe als viele von Ihnen - benutzt wird, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben - sie taucht ja schon ab - , mit noch mehr Militär an der Seite Frankreichs zu agieren. Das gleiche Argument, „die Freundschaft mit ...“ - in der Vergangenheit war es die Freundschaft mit den USA -, hat uns in den Krieg in Afghanistan getrieben. Ich möchte nicht, dass Deutschland mit dem Argument der Freundschaft mit Frankreich in

eine andere militärische Auseinandersetzung
getrieben wird;

(Beifall bei der LINKEN)

so sieht es übrigens auch die Friedensbewegung in
Frankreich, mit der ich sehr eng kooperiere. Auch die
Friedensbewegung in Frankreich sagt: Wir wollen,
dass die französischen Truppen rasch zurückgezogen
werden. Das sollten wir unterstützen. Es ist möglich,
sie rasch zurückzuziehen.

Ich will Ihnen ehrlich sagen, Herr Minister: Sie werden
nicht darum herumkommen, die Entscheidung, zwei
Transall-Maschinen ohne Mandat des Bundestages
zur Verfügung zu stellen - morgen werden es ja
vielleicht schon drei oder mehr sein -, zu
rechtfertigen. Das war eine rechtswidrige
Entscheidung, die dieses Parlament nicht hinnehmen
kann;

(Beifall bei der LINKEN)

darüber werden wir uns auseinandersetzen müssen.
Sie könnten ja das Mandat, das Sie für die
Ausbildungsmission haben wollen, damit verbinden,
dass Sie nachträglich ein Mandat für diese
Entscheidung beantragen. Dann würden Sie
zumindest eingestehen, dass Sie falsch gehandelt
haben. Aber so viel Courage hat diese Regierung
nicht, weder so noch so.

Ich möchte abschließend einen Gedanken äußern,
der mir wichtig ist - das ist, verehrte Frau Präsidentin,
mein Schlussgedanke -: Ist es so unnormal, sich die
Frage zu stellen: Geht es Frankreich und anderen
Ländern wirklich um Menschenrechte - was ich ja
hoffe -, oder geht es ihnen in Nachfolge der alten
Kolonialmacht nicht vielmehr um wirtschaftliche
Interessen,

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! Oh! - So ein Quatsch! -
Nicht das schon wieder!)

um Uran und anderes?

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege?

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. Wenden Sie es doch einmal positiv: Wenn im Kampf um Uran eine Stärkung der Menschenrechte herauskommt, reicht mir das nicht aus, aber immerhin. Es geht auch hier um wirtschaftliche Interessen; Sie kommen nicht darum herum, das einzugestehen.

Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN)